Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.76. — Annahme von Ankündigungen Montags, Mtw. 6-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hr. Kistner, 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Dresden oder nach Nebenorten 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für die nächstägige Aufnahme der Inseraten wird nicht gegeben. Rückzahlung Abbestellungsaufträge gegen Kostenbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe unverlangter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Photographie-Atelier „Phönix", Pillnitzerstr. 46
(gegenüber der Johanneskirche).
Aufnahmen bei jeder Witterung in garantirt feinster Ausführung. 12 Visitbilder von 5 Mk. an. 6 Cabinetbilder von 10 Mk. an. Jedes grössere Format bis Lebensgrösse zu billigsten Preisen. **Auch Sonntags geöffnet.**

Spezialität! Baumkuchen
empfehle zum Osterfeste in anerkannt*) feinster Qualität, Monatslang haltbar, u. versende täglich frisch Conditorei. Verpackung gegen Einsendung od. Nachnahme von nur 5 Mark.
*) Tausende v. Anerkennungsschreiben.
Paul Lange, Conditor, Blasiusweg 1, 8.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Christofle-Bestecke, weltbekannt solidestes Fabrikat zu Fabrikpreisen. **Einziges Depôt Hofl. Rob. Hoffmann,** See-Strasse, gegenüber Victoria-Hotel.

Nr. 88. Spiegel: Vorgänge in Köpenick, Arbeiterschutzkonferenz, Windthorst' Schulantrag. Stadtverordnetensitzung, Schlafstellenwesen, Chemnitzer Arbeiterbewegung. Gerichtsverhandlungen. „Lohengrin", Kammermusikabend. | **Sonnabend, 29. März.**

Politisches.

Eine kurze Pause des Friedens in dem erregenden Kampf der Meinungen steht uns bevor; nach den gewaltigen Aufregungen der jüngsten Zeit harren unserer die stille Woche und die festlichen Ostertage. Die sächsischen Landboten haben, begleitet von dem Dank ihres königlichen Herrn, die Hauptstadt verlassen und auch die Abgeordneten Preußens schicken sich an zu willkommener Muße. Aber ehe sie scheiden, wurde noch eine Sache von hochernster Bedeutung erörtert, die wohl geeignet ist, ein grelles Streiflicht auf die sozialdemokratische Bewegung oder wenigstens auf ihre Auswüchse zu werfen. Nicht die Thatfrage der Ermordung des Gendarmen Müller in Köpenick war im Parlamente zu erörtern — dies ist Aufgabe der ordentlichen Gerichte, — es handelte sich nur um Maßregeln, die von konservativer Seite gewünscht wurden zur Milderung der schweren Folgen, welche der Mord dieses pflichttreuen Beamten bei Gelegenheit sozialdemokratischer Ausschreitungen für die unglückliche Familie desselben haben mußte. Sicherlich haben, wie der Abg. Graf Limburg erwähnte, nicht die Führer diese Tumulte angezettelt, aber ebenso gewiß sind diese Ausschreitungen die Folgen der schweren Hetzereien und Agitationen, welche das Volk bis in die untersten Tiefen aufgeregt und den Geist der Unbotmäßigkeit hervorgerufen haben. Da war es doppelt verdienstlich von Seiten der Conservativen, diese Angelegenheit vor dem Lande offen zur Sprache zu bringen. Es waren ihnen deswegen von Seiten der freisinnigen Presse allerlei uneingestandene Absichten untergeschoben worden: es sollte eine Kundgebung für die Beibehaltung des Sozialistengesetzes, ein Vorstoß gegen den Minister des Innern geplant sein: Nichts von diesen Behauptungen traf zu. Die Konservativen haben mit ihrem Antrage nur den Zweck verfolgt — und die Antwort des Ministers entsprach dieser Absicht —, dem friedlichen Theil der Bevölkerung die Gewißheit zu geben, daß der Staat mit Energie und Kraft ihre Interessen zu schützen gewillt ist, und daß andererseits nicht nur in dem vorliegenden traurigen Fall die Fürsorge des Staates bereit ist, sondern daß jeder treue Beamte im Kampfe gegen die Elemente des Umsturzes der Unterstützung und des hilfreichen Beistandes des Staats sicher sein darf. So werden jene Männer mit frischem Muth erfüllt, deren schwerer Beruf es ist, die Ordnung der Gesellschaft zu schützen. Sicherlich ist hier der Gedanke nicht abzuweisen, allen Polizeibeamten durch Gesetz für sie und ihre Hinterbliebenen eine Unfallentschädigung zuzusichern, ähnlich der, welche die Beamten und Arbeiter des Staates in den der Unfallversicherung unterworfenen Betrieben gesetzlich beanspruchen können. Eine Thätigkeit zum Schutze der öffentlichen Ordnung verdient doch mindestens dieselbe Sicherstellung der Beamten und ihrer Angehörigen, wie beispielsweise ein Staatsdienst, der nur für fiskalische Zwecke und die Erzielung von Staatseinnahmen bestimmt ist, wie Eisenbahnen und Staatsbergwerke.

Inzwischen schreiten die Bemühungen, auf friedlichem Wege einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu finden, beharrlich fort. Das Wort des Franzosen Viktor Cousin, daß der Staat ein fühlendes Herz haben müsse, ist zum Prinzip geworden, dem auch die kaiserlichen Erlasse huldigten. Manche Anzeichen deuten daraufhin, daß auch die Arbeiterwelt sich vom Wesen des neuen Geistes berührt fühlt. In Berlin steht die internationale Conferenz am Ende ihrer erfolgreichen Arbeiten, in unverhältnißmäßig kurzer Zeit ist sie zu Beschlüssen gelangt, die geeignet sind, den „Leuten mit geflickten Schuhen" das Leben lebenswerth zu machen. Es ist schon jetzt mit Sicherheit vorauszusehen, daß Das, was dort beschlossen wurde, nicht als „schätzbares Material" in dem Staub der Canzleiakten verschwindet. Auch ohne genau festgesetzte Control- und gegenseitige Ueberwachungsmaßregeln wird das moralische Gewicht jener Beschlüsse ihre Durchführung sichern. Ist es wahr, was neuerdings berichtet wird, daß das System des „arbitral scale" angenommen wurde, wonach in den Bergwerken die Arbeiter-Vertreter vierteljährlich Einsicht in die Verwaltungsbücher erhalten und bei der Festsetzung der Löhne mitzuwirken haben, so ist damit der vielumstrittene Grundsatz der prozentualen Betheiligung der Arbeiter am Gewinne zum ersten Male von Oben her aufgestellt und eine Bestimmung getroffen worden, die in der Entwickelung und Lösung der sozialen Probleme eine überaus wichtige Rolle spielen dürfte. Solche praktische Maßregeln dürften dann doch eine ganz andere Wirkung ausüben, als das von klerikaler Seite immer wieder in den Vordergrund geschobene Verlangen, der Kirche den Haupteinfluß in diesen die Welt bewegenden Fragen zuzugestehen. Die Hinzuziehung des Fürstbischofs Kopp zur internationalen Arbeiterconferenz und der Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Papst sind Symptome dafür, daß man den Einfluß der Kirche und ihrer Organe keineswegs unterschätzt; einer stärkeren Betonung des religiösen Momentes in den Schulen und der Pflege eines wahrhaft christlichen Geistes kann man nur freudige Zustimmung schenken, denn sicherlich wird hierdurch dem Kampfe seine Schärfe genommen; aber in unserer Zeit der materiellen Interessen und Wettkämpfe bedarf es auch materieller Mächte und Energieen. Uebrigens hat sowohl der Vorstoß, den der streitbare Vorkämpfer der Ultramontanen, Windthorst, im preußischen Landtage mit seinem Antrage beabsichtigt, die Schule der Kirche auszuliefern, als auch der des Fürstbischofs Kopp, des eigentlichen Vaters der bischöflichen Erklärung im österreichischen Reichsrath, die das gleiche Ziel verfolgt, nicht die geringste Aussicht auf Erfolg.

Die Absicht des Centrumsführers, noch in der laufenden Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses seinen Schulantrag einzubringen und während der Etatsberathungen eine kleine Kulturkampfdebatte heraufzubeschwören, hat beinahe zu einem Verfassungskonflikt in Preußen geführt. Schon schickten sich die Abgeordneten an, den heißen Boden der politischen Arena zu verlassen, das Schwert in die Scheide zu stecken und die Toga abzulegen, in die sich die Tribunen malerisch gehüllt, als plötzlich in den Blättern Heerhornsignale ertönten, daß ein staatsrechtlicher Konflikt unter der Asche der Etatsberathung laure. Die Muße, welche die Abgeordneten dazu verwandt hatten, um an dem Wahlkampf für den Reichstag sich zu betheiligen, hat dazu geführt, daß der Staatshaushalt nicht vor dem 1. April durchberathen werden konnte, wenigstens nicht so, daß Herr Windthorst nach alter, lieber Gewohnheit Gelegenheit hatte, seine Mannen, von denen Mancher der schwarzen Fahne untreu werden will, zu mustern und Heerschau zu halten im eigenen Lager. Wenn aber der preußische Staatshaushalt nicht spätestens am nächsten Montag in der Gesetzsammlung erscheint, so müßte, genau genommen, die Staatsmaschine stille stehen. Denn die Verfassung hat wohl Fürsorge getroffen, daß in solchen Fällen die bestehenden Einnahmen forterhoben werden; dagegen fehlt eine entsprechende Bestimmung über die Fortleistung der Ausgaben, ein Mangel, der in der Konfliktszeit am Beginn der 60er Jahre die vielberufene Lückentheorie zur Folge hatte. Jetzt war man gezwungen, einen Ausweg zu suchen und dies ist gelungen, indem in das Etatsgesetz eine provisorische Bestimmung aufgenommen wurde, daß die laufenden Ausgaben auch während des April von der Regierung bestritten werden können. Es wird allerdings auch nach Ablauf der Ferien beschleunigter Arbeit bedürfen, damit die außerordentlichen Ausgaben gesetzmäßig bewilligt werden, doch vorläufig können die Volksvertreter beruhigt in die Heimath ziehen und im Schlafrock und Pantoffeln und bei der häuslichen Kaffeekasse beruhigt zuschauen, wie die Staatsmaschine in ihrem alten Geleise weiterrollt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. März.

Berlin. Der Kaiser wohnte heute der Schlußvorstellung in der Königl. Turnlehrerbildungsanstalt bei. Nach derselben gab er seiner Zufriedenheit über die Vorführungen Ausdruck. Er halte das Turnen für sehr wichtig für die Ausbildung des Volkes und glaube, daß vor Allem auch die Turnvereine, wenn sie die Turnsache tüchtig pflegen, dazu berufen seien, den subversiven Tendenzen den Boden zu entziehen. Er bitte daher die Lehrer, die jetzt in die turnerische Praxis hinaustreten, in dem Sinne zu wirken, daß das Turnen als Volkserziehungsmittel zur Geltung komme.

Berlin. Die Delegirten der Arbeiterschutzkonferenz haben heute ihre Sitzung geschlossen. — Die Kaiserin Friedrich empfing heute Vormittag den französischen Conferenz-Delegirten Jules Simon.

Berlin. Fürst Bismarck ist heute Nachmittag 5¼ Uhr nach Friedrichsruh abgereist. — Die dem Bundesrathe mitgetheilte kaiserliche Ordre, welche den Rücktritt des Fürsten Bismarck genehmigt, lautet: An den Fürsten v. Bismarck. Ihrem Antrage entsprechend, will ich Sie von der Stellung als Reichskanzler, als Präsident meines Staatsministeriums und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter Bewilligung der gesetzlichen Pension hierdurch in Gnaden entbinden. Zum Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums habe ich den kommandirenden General des 10. Armeecorps, General der Infanterie v. Caprivi, ernannt und mit der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten einstweilen den Grafen v. Bismarck-Schönhausen beauftragt. Berlin, d. 20. März 1890. Wilhelm. gegengezeichnet v. Caprivi. — In dem halbamtlichen Bericht über die gestrige Bundesrathssitzung heißt es: Der Reichskanzler General v. Caprivi begrüßte die Versammlung und übertrug hierauf wegen eigener Behinderung den Vorsitz dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Dr. v. Bötticher. Von der erfolgten Entbindung des Fürsten v. Bismarck von dem Amt als Reichskanzler nahm der Bundesrath Kenntniß. — Der Großherzog von Sachsen-Weimar, der, als er vor einigen Wochen in Berlin weilte, in einem längeren Gespräch mit dem Fürsten Bismarck diesen zum Verbleiben im Amt zu bewegen suchte, hat, wie der „Nat.-Ztg." berichtet wird, nachdem Bismarck nunmehr aus dem Reichsdienst geschieden, ein Schreiben an den Fürsten gerichtet, in dem er sein schmerzliches Bedauern darüber ausspricht und zugleich ihm in herzlichen Worten für Alles, was Fürst Bismarck für das Reich und die Einzelstaaten gethan, als Deutscher, als Staatsoberhaupt und als Haupt seines fürstlichen Hauses Dank sagt. — Die Berliner Schlosser-Innung hat den Fürsten Bismarck zum Ehrenschlossermeister ernannt. In dem Meisterbrief heißt es u. A., Fürst Bismarck habe das Kyffhäuserschloß geöffnet, den Schlüssel dazu gefertigt und ihn in die Hände des hochseligen Kaisers Wilhelm I. gelegt. Deutschlands Hohenzollern-Kaiser würden diesen Schlüssel stets zu hüten wissen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus hat sich heute bis zum 15. April vertagt. Der Antrag auf billigere Beförderung von landwirthschaftlichen Produkten aus den östlichen Provinzen nach dem Westen wurde auf Wunsch der Antragsteller wegen schwacher Besetzung des Hauses von der Tagesordnung abgesetzt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Unterhaltung der nichtschiffbaren Flüsse in Schlesien, ist von der betr. Kommission abgelehnt worden. — Elsässische Tabaksbauern bereiten eine Petition an den Reichstag um Einführung des Monopoles vor.

Leipzig. Der Adjutant und Premierleutnant Hoffmann vom Regiment 107, Erfinder des Entfernungsmessers, ist mit dem Pferde gestürzt, erlitt einen Schädelbruch und starb an der vorgenommenen Operation.

Mainz. Der bei dem Mordversuch des Premierleutnants Stoll schwer verwundete Hauptmann Salm ist gestorben. Dem Kaiser ist über den Vorfall telegraphisch Bericht erstattet worden.

Hamburg. Infolge der amtlichen Feststellung der Maul- und Klauenseuche wird die Schließung des Centralviehmarktes von St. Pauli befürchtet.

Wien. Die Mitglieder der deutsch-böhmischen Ausgleichskonferenz sind zum 14. April nach Wien berufen worden.

Paris. Die Regierung bereitet ein Rundschreiben an die Präfekten vor, welches Maßregeln angesichts der für den 1. Mai geplanten sozialistischen Kundgebungen betrifft. — Der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete für Metz, Antoine, hat eine Stellung in der Tabaksregie angenommen.

London. Der „Times" wird aus Sansibar gemeldet: Major Wißmann habe Namens des Kaisers und des Sultans von Sansibar auf dem Küstenstrich zwischen dem Rufidschiffluß und Kovuma das Kriegsrecht erklärt.

London. Aus Rio de Janeiro wird berichtet: Die dortige Garnison sei im Aufruhr begriffen. Die Offiziere sollen die Mannschaften aufgewiegelt haben. Ganz Rio sei mit der Regierung unzufrieden.

London. Der „Daily Telegraph" läßt sich aus Petersburg berichten, es sei dort abermals eine Verschwörung gegen das Leben des Zaren entdeckt worden. Zahlreiche Offiziere seien betheiligt.

Belgrad. In Hofkreisen verlautet, der russische Thronfolger werde gelegentlich seiner Orientreise im Monat Mai zu Tägigem Besuche des Königs in Belgrad eintreffen. — Das hiesige Kabinet ersuchte die französische Regierung um Uebernahme des Schutzes der serbischen Unterthanen in Bulgarien, da man jede Verbindung mit Bulgarien aufheben will.

New-York. Ein furchtbarer Cyclon verwüstete gestern das Thal des Ohio von Cincinnati bis Cairo. In Louisville wurden gegen 300 Häuser zerstört und die Eisenbahnstationsgebäude in den Fluß geschleudert. Das Rathhaus stürzte zusammen, während gerade ein Ball darin stattfand. 200 Personen kamen um's Leben. Die Zahl der in Louisville Umgekommenen wird auf 800 geschätzt. Da viele Häuser bei dem Einsturze in Brand geriethen, so fanden zahlreiche Bewohner den Tod in den Flammen. Die Dämme bei Greensville am Mississippi drohen infolge großen Wasserdruckes einzustürzen. Aus zahlreichen kleineren Städten werden Ueberschwemmungen mit Verlust von Menschenleben gemeldet.

Die Berliner Börse war infolge der vorliegenden Ausstandsnachrichten verstimmt. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Die Ultimoliquidation ist in der Hauptsache beendet, Banken niedriger, deutsche Bahnen fester, österreichische unbeachtet, Bergwerke prozentweise niedriger, fremde Renten behauptet. Im Cassaverkehr waren Banken still, Bahnen ziemlich behauptet, Bergwerke schwach. In Industrieen zeigte sich wenig Verkehr, deutsche Fonds waren meist schwächer, österreichische Prioritäten, besonders Silberwerthe fest. Privat-Discont 3¾ Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: Bedeckt, warm.

Frankfurt a. M. (Abendbd.) Credit 259,87. Staatsb. 189,75. Lomb. 103,50. Galizier 103,75. Egypter 94,50. Oprat. Ung. Gold. 99,00. Diskonto 225,50. Prestbr. St. 103,40. Laura 143,40. Gelsenkirchen —. Handelsg. —,—. Deutsche Bk. —,—. Schwach.

Wien. (Abendbd.) Credit 308,00. Staatsbahn 218,25. Lombarden 122,50. Nordwest 201,25. Marknoten 55,725. Ung. Credit 317,25. Still.

Paris. (Schluß.) Rente 88,12. Anleihe 105,85. Italiener 92,10. Staatsbahn 466,25. Lombarden 278,75. do. Prioritäten —. Spanier 73,25. Egypter 478,12. Diskonten 556,25. Extrapolz 616,25. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 24,30, per Mai-August 24,10, ruhig. Spiritus per März 35,25, per September-December 37,25, ruhig. Rüböl per März 60,50, per September-December 67,50, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März —,—, per Mai 198,00. Roggen per März 149,00, per Mai 138,00.

London (Produkten-Bericht). Mais schwächer, Anderes neuerlich unverändert, eher schwächer. — Wetter: Warm.

Oertliches und Sächsisches.

— In der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung erklärte sich zunächst das Kollegium mit einer vom Rathe abgefaßten Adresse an Se. Durchlaucht Fürst Bismarck einstimmig einverstanden. Die Stadt Dresden spricht darin dem Fürsten zu seinem 75. Geburtstag Dank und Ergebenheit aus. — Der Finanzausschuß legt die vier letzten Berichte über den diesjährigen Haushaltplan vor, und alle vier werden in ihrem vollen Wortlaut und mit den eingeflochtenen Anträgen angenommen und zum Beschluß erhoben. Auch diesmal war der Finanz-Ausschuß mit Um- und Einsicht bestrebt, den vom Rath aufgestellten Haushalt-Voranschlag auf das Mindestbedürfniß zu reduciren, und das Kollegium folgte den Vorschlägen seines Ausschusses bis auf wenige Ausnahmen getreulich. Bedeutende Abstriche wurden auch vorgestern bei mehreren Positionen, namentlich auch bezüglich des Hochbau- und des Tiefbau-Amtes beschlossen. Das Wichtigste aber war die Stellung, die der Finanz-Ausschuß dem Rath gegenüber betreffs der Heranziehung des Betriebsfonds und der Gemeinde-Einkommensteuer zur Deckung des diesjährigen Haushaltbedarfs einnahm. Er sowohl wie das Kollegium sind allezeit darin mit dem Rath nicht einverstanden gewesen, daß man möglichst viel Geld im Stadtsäckel als Reserve für die Zukunft ansammeln müsse; vielmehr ist man diesseits der Meinung, aus den angehäuften Reserven möglichst viel — natürlich ohne die diesbezüglich bestehenden Grundbestimmungen — in den laufenden Haushalt mit einzustellen, um so die Steuerlast für die Einwohnerschaft nach Kräften zu verringern. Der Rath hat die Abgabe vom Grundwerth und den Miethzinsen für dieses Jahr mit 597,000 Mk. eingestellt. Der Finanzausschuß meint aber, daß, da im Jahre 1889 die vorliegende Steuer bei gleich hoher Erhebungsart (2 bez. 6 Pfg.) die Summe von 636,500 Mk. ergab, durchaus keine Verhältnisse vorliegen, daß ein Herabgehen der Steuererträgnisse in diesem Jahre zu gewärtigen sei, und stellt somach den Ertrag dieser Abgabe mit 620,000 Mk. ein. Die Einstellung des Beitrages aus dem Betriebsvermögen beantragt der Rath nur in Höhe von 250,000 Mk., während in dem vorjährigen Haushaltplan ein solcher von 300,000 Mk. von beiden Kollegien bewilligt worden war. Der Ausschuß findet, daß, wenn aus dem Betriebsvermögen dieses Jahr wieder 300,000 Mk. eingestellt werden, darin keine übermäßige Inanspruchnahme des gedachten Vermögens erblickt werden kann, und daß diese Einstellung um so mehr gerechtfertigt ist, da unter ihrer Beihilfe eine Steuererhöhung verhütet wird. Er weist auch darauf hin, daß trotz der Durcharbeitung des Haushaltplanes seitens des Finanz-Ausschusses besonders auch in Richtung der Sparsamkeit jedes Jahr noch große Ueberschüsse aus demselben sich ergeben, so z. B. 1888 ein solcher von 572,910 Mk. Das Kollegium stellt also 300,000 Mk. ein. Ferner empfiehlt der Rath zur Deckung der Summe, um welche im diesjährigen Haushalt die Zuschüsse die Ueberschüsse übersteigen, eine Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach Höhe von 40 Proz. des vollen Jahressteuersatzes wie im Jahre 1889. Dem stellt sich der Finanzausschuß auch entgegen. Er sagt, wie im Jahre 1888, so würde auch 1889 mit 35 Proz. Einkommensteuer auszukommen gewesen sein, wenn nicht in diesem Jahre allerdings Anforderungen ungewöhnlich hoher Art an die Stadt herangetreten wären (Wettinfest u. s. w.) Wenn er, der Ausschuß, also eine Erhebung von nur 35 Proz. beantrage, so sei dies nicht eine Herabsetzung der Steuer, sondern nur ein Zurückgehen auf diejenige Steuerhöhe, wie sie sich schon zum 3. Male als völlig genügend für die normalen städtischen Verhältnisse erweist. Es würde eine fehlerhafte Ueberschwänglichkeit sein, dem Einwohner der Stadt Dresden 5 Proz. mehr Einkommensteuer abzunehmen, für die keine andere Begründung als der nicht gerechtfertigte Hinweis auf 1889 bliebe. Hierzu kommt, daß die Abstriche, die die Stadtverordneten an dem vorliegenden Haushaltplane vorgenommen haben, 148,875 Mk. betragen, während

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbenwaaren, eigene Fabrikation.